

Antrag

der Abgeordneten Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen), Kristina Köhler (Wiesbaden), Günter Baumann, Clemens Binninger, Helmut Brandt, Gitta Connemann, Ingrid Fischbach, Ralf Göbel, Reinhard Grindel, Hans-Werner Kammer, Alois Karl, Hartmut Koschyk, Stephan Mayer (Altötting), Beatrix Philipp, Klaus Riegert, Dr. Norbert Röttgen, Dr. Hans-Peter Uhl, Ingo Wellenreuther, Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Gabriele Fograscher, Dieter Grasedieck, Dr. Hans-Peter Bartels, Klaus Uwe Benneter, Dr. Michael Bürsch, Sebastian Edathy, Siegmund Ehrmann, Wolfgang Gunkel, Michael Hartmann (Wackernheim), Frank Hofmann (Volkach), Ute Kumpf, Lothar Mark, Thomas Oppermann, Maik Reichel, Gerold Reichenbach, Michael Roth (Heringen), Rüdiger Veit, Dr. Dieter Wiefelspütz, Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD

Zur Lage der politischen Bildung in Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Demokratie ist so stark, wie die Bürgerinnen und Bürger demokratisch sind. Eine Demokratie, die sich nicht um die Förderung der demokratischen Kenntnisse und Fähigkeiten kümmert, wird aufhören, Demokratie zu sein. Wir halten es deshalb für dringend erforderlich, die Anstrengungen der politischen Bildung in unserem Land zu unterstützen und zu verstärken. Politische Bildung hat nach dem 2. Weltkrieg und der Wiedervereinigung Deutschlands einen erheblichen Beitrag beim Aufbau und der Festigung der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland geleistet. In der Geschichte der Bundesrepublik ist politische Bildung und die Diskussion über politische Bildung ein wesentlicher Teil der politischen Kultur. Die deutsche politische Bildung ist im internationalen Vergleich einzigartig und bewundert. Ihre Methoden- und Trägervielfalt kann auch heute wichtige Beiträge leisten, um die aktuellen Veränderungsprozesse zu erklären, zu aktiver politischer Teilhabe zu ermutigen und damit zur Gestaltung des Gemeinwesens beizutragen.

Ziel der politischen Bildung muss sein, die aktive Wahrnehmung der bürgerlichen Rechte in unserem demokratischen Rechtsstaat zu fördern. Die Information über Entscheidungs- und Verantwortungsstrukturen auf den verschiedenen Ebenen, auf denen demokratische Willensbildung stattfindet, sowie über Mitwirkungs- und Teilhabechancen, die jedem Bürger mit gleicher Stimme zustehen, ist die Voraussetzung dafür, dass die Akzeptanz der Demokratie steigt, das zunehmende Gefühl eigener Machtlosigkeit überwunden und eine höhere Beteiligung an Wahlen und politischer Willensbildung möglich wird.

Um die Identifizierung mit der parlamentarischen Demokratie und die Akzeptanz der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu stärken, fordern wir die Bundesregierung auf – entsprechend der Koalitionsvereinbarung – verstärkte Aktivitäten auf dem Feld der politischen Bildung zu entfalten. Politische Bildung kann wachsende Kenntnisse und eine handlungsorientiert aktivierende Wirkung entfalten – wie wissenschaftliche Untersuchungen der letzten Jahre immer wieder gezeigt haben – und damit einen wesentlichen Beitrag gegen den allgemeinen Politikverdruss und die Neigung zu autoritären Lösungen leisten. Der Bundeszentrale für politische Bildung kommt bei all diesen Aufgaben eine zentrale Bedeutung zu.

II. Im Einzelnen fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf,

1. die politische Bildung und demokratische Werteerziehung bereits in der frühkindlichen Erziehung bzw. Bildung und der Grundschule, aber auch der schulischen und der Erwachsenenbildung stärker zu verankern. Hierzu zählt auch die Befähigung zu interkultureller Kompetenz. Die Bundeszentrale für politische Bildung wird gebeten, entsprechende Bemühungen der Länder sowie engagierter Eltern, Erzieherinnen und Erzieher sowie der Lehrkräfte im Grundschulbereich durch Arbeitsmaterialien und weitere Angebote zu unterstützen;
2. die Anstrengungen beim Kampf gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit auf dem Feld der politischen Bildung zu verstärken. Die Auseinandersetzung mit Extremismus jeglicher Provenienz, insbesondere die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Linksextremismus und religiösem Extremismus, gehört zu den dauernden Aufgaben der politischen Bildung. Die Erfahrungen und die Potentiale politischer Bildung sollen dabei stärker mit den anderen vielfältigen präventiven und repressiven Maßnahmen verzahnt werden. Aufgabe der politischen Bildung ist es auch, das bürgerschaftliche Engagement in diesem Bereich zu fördern und zu stärken;
3. politische Bildung für, aber auch von Migrantinnen und Migranten zu entwickeln, zu verstärken und zu fördern. Der alte Befund des überragenden Einflusses von so genannten Peer Groups auf den Bildungsprozess sowie auf den Meinungsbildungsprozess von jungen Menschen gilt selbstverständlich auch für junge Migrantinnen und Migranten sowie ihre Eltern. Über Jahrzehnte hinweg haben sich die Strukturen der politischen Bildung aus nachvollziehbaren Gründen auf die deutsche Bevölkerung konzentriert. Gerade Zugewanderten sind aber die Grundzüge unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung zu vermitteln, um Integration auch politisch in demokratischem Sinne gelingen zu lassen;
4. weitere, zeitgemäße Formate politischer Bildung für politik- und bildungsferne Zielgruppen zu entwickeln, um die klassischen multiplikatorischen Strategien der politischen Bildung, die nach wie vor eine zentrale Aufgabe sind, durch niedrigschwellige Formate und Ansätze zu ergänzen. Wir wollen keiner Bevölkerungsgruppe politische Bildung vorenthalten. Gerade politik- und bildungsferne Gruppen sind es, die aktuellen politischen Entscheidungen besonders skeptisch gegenüber treten und sich oft durch die Politik nicht mehr repräsentiert fühlen. Zukunftsängste, Vorurteile und Misstrauen waren schon immer schlechte politische Ratgeber;
5. neue Methoden bei der Vermittlung von Zeitgeschichte zu entwickeln. Dabei sollen sowohl die Kenntnis und als auch das Verständnis der eigenen jüngeren deutschen Geschichte und die Auseinandersetzung mit der NS-Terrorherrschaft und der SED-Diktatur ein zentraler Bestandteil politischer Bildung sein. Hier sollten fachwissenschaftlich anerkannte Kenntnisse und Informationen unter Berücksichtigung der neueren Methodenvielfalt vermittelt wer-

den. Die öffentlichen, mit Steuern oder Gebühren finanzierten Archive müssen deshalb Bildungszwecken stärker geöffnet und für diese genutzt werden. Die schulische politische Bildung und die außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung müssen diese Herausforderungen für ihre Curricula und eine methodisch und didaktisch adäquate zeitgeschichtliche Vermittlung begreifen. Es ist daher zwingend erforderlich, ein zwischen Bund und Ländern unter Einbeziehung der bestehenden Träger politischer Bildung abgestimmtes Gesamtkonzept der politischen Bildung zur Vermittlung von Zeitgeschichte zu erarbeiten;

6. die politische Bildung stärker für das große Zukunftsprojekt Europa zu aktivieren. Neben der klassischen Informationspolitik sollte gerade auch gegenüber den europäischen Institutionen angeregt werden, Europa stärker als Bildungsprojekt zu verstehen. Neben einer großen Formatvielfalt und infrastrukturell wichtigen Angeboten regen wir die Erleichterung von europäischen Begegnungen und die Vernetzung guter Praxis der politischen Bildung an. Zentrales Fundament einer europapolitischen Bildung ist und bleibt der demokratische Grundkonsensus eines Kontinents, der Jahrhunderte lang Kriege gegeneinander geführt hat und mit der gemeinsamen Demokratie und seinen gemeinsamen Institutionen in eine lang andauernde Phase von Frieden und wirtschaftliche Prosperität eingetreten ist;
7. die ökonomische und soziale Bildung als Teil der politischen Bildung stärker als bisher in den Vordergrund zu rücken. Die wirtschaftlichen Veränderungen im Kontext des Globalisierungsprozesses einschließlich der sozialen Auswirkungen berühren das politische Selbstverständnis der Menschen immer stärker. Globalisierung erfordert, auch die politische Bildung aus einer globalen Perspektive zu denken. Dem Auseinanderdriften ökonomischer, sozialer und politischer Bildung ist durch ein stärkeres Aufgreifen der Thematik in der schulischen und außerschulischen Bildung entgegenzuwirken. Es gilt, politische Bildung zu fördern, die sich insbesondere mit ethisch bzw. moralisch begründeten Bedenken gegen Globalisierung und Marktwirtschaft auseinandersetzt. Diesbezüglich sollten Fragen nach den positiven wie negativen Auswirkungen der Globalisierung auf Staat und Gesellschaft, insbesondere bezüglich des veränderten wirtschaftspolitischen Handlungsspielraums und der Veränderung des Sozialstaats, im Vordergrund stehen. Notwendig ist deshalb politische Bildung im Sinne einer Aufklärung auch über die normativen Zusammenhänge in einer globalisierten Welt. Auch sollten verschiedene Ansätze multilateralen Handelns aufgezeigt werden. Hierzu zählt der Ansatz Global Governance, bei dem es darum geht, den Prozess der Globalisierung politisch zu gestalten. Auch Nichtregierungsorganisationen, Bürgerbewegungen, multinationale Konzerne und der globale Finanzmarkt haben Einfluss auf globales Handeln. Globalisierung sei hier verstanden als die Integration von Märkten sowie internationale Arbeitsteilung. Die ökonomische Bildung als Teil der politischen Bildung hat zur Aufgabe, unterschiedliche politik-ökonomische Zugänge bzw. wirtschaftspolitische Theorien aufzuzeigen. Sie ist ebenso Grundlage für eine fundierte Auseinandersetzung mit dem Thema Globalisierung wie das Wissen über Ziele und Funktionsweisen der sozialen Marktwirtschaft;
8. zu prüfen, inwiefern die Förderrichtlinien der Bundeszentrale für politische Bildung einer sich verändernden Praxis bei den Trägern politischer Bildung durch mehr Flexibilisierung und Modifizierung Rechnung tragen können. Politische Bildung muss sich heute in einem konkurrierenden Bildungsmarkt behaupten und sollte dabei durch Förderungsinstrumente unterstützt werden, die es erlauben, zielgruppenspezifisch und mit großer Methodenvielfalt zu arbeiten;

9. die wissenschaftlichen Grundlagen der politischen Bildung und hier insbesondere die Forschung über Voraussetzungen, Methoden und Wirksamkeit politischen Lernens zu stärken.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung des Weiteren auf, auch in der Zukunft an der Aufgabe der politischen Bildung festzuhalten und sie weiterzuentwickeln. Neben den den Parteien im Deutschen Bundestag nahestehenden politischen Stiftungen ist das Augenmerk dabei gerade auch der überparteilich und für die Zivilgesellschaft arbeitenden sowie über 340 Träger der politischen Bildung fördernden Bundeszentrale für politische Bildung zu widmen. Den genannten Herausforderungen ist im Rahmen der geltenden Finanzplanung Rechnung zu tragen. Der Deutsche Bundestag begrüßt vor diesem Hintergrund die in der Koalitionsvereinbarung niedergelegte Absicht, die politische Bildung zu stärken.

Berlin, den 25. Juni 2008

Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion
Dr. Peter Struck und Fraktion